

**VORWORT**

## Wertschätzung und Perspektiven für die Polizei schaffen

Die hessische Polizei kämpft seit Jahren mit personeller Unterbesetzung bei gleichzeitig ansteigendem Kriminalitätsaufkommen. Dies hat in vielen Bereichen zu erheblichen Problemen geführt. Ständige Erreichbarkeit, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie hohe Kranken- und Überstundenberge sind unverrückbare Beweise einer personellen Mangelverwaltung. Hinzu kommen nicht planbare Ereignisse.

**Jens Mohrherr**

Stellv. Landesvorsitzender

Monatelang dauerten die Ermittlungen, die nach dem Mord an Regierungspräsident Lübcke mit erheblichem Personalaufwand erfolgreich von unseren Kolleginnen und Kollegen geführt wurden. Auch nach Festnahme des mutmaßlichen Täters und Übernahme durch die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe ist die Arbeit noch nicht beendet. Dieser medienwirksame Fall, der bundesweit für Aufsehen sorgte, hat nicht nur einen enormen Erfolgsdruck in die Ermittlungsarbeit der hessischen Polizei gebracht, sondern auch den in der Sonderkommission eingesetzten Beamtinnen und Beamten „alles abverlangt“. Sollten sich die Ermittlungsansätze bewahrheiten und die Überführung des Täters gelingen, ist erst die Arbeit der Ermittlerinnen und Ermittler beendet.

Nicht zuletzt nach dem Anschlag in Halle/Saale ist der Problematik der „rechten Gewalt“ in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Eiligst besannen sich die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern, die jahrelang mit einem signifikanten Stellenabbau bei den Polizeien der Länder und des Bundes wetteiferten, eines Besseren. Auch in Hessen erkannte die Landesregierung endlich, nicht zuletzt auf jahrelangen Druck der Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass die Einstellungszahlen deutlich erhöht werden mussten. Dennoch darf an dieser Stelle nicht verkannt werden: Einstellungszahlen müssen durch geeignete Bewerberinnen und Bewerber gefüllt werden. Die Leis-

tungserfordernisse während des Studiums einerseits, die Abbruchquote andererseits sorgen seit mehreren Jahren dafür, dass die Sicherheitspakete personell keine Durchschlagskraft bis in die Basisdienststellen haben!

2016 wurden 300 zusätzliche Vollzugsstellen im Haushalt eingestellt. Von den 300 zusätzlich eingestellten Studierenden blieben am Ende, aus unterschiedlichsten Gründen, nur 220 übrig. Mit dem einstellungstärksten Jahrgang 2017 sollten im Jahr 2020 dann 570 zusätzliche graduierte Polizei- und Kriminalkommissarinnen und -kommissare die Polizeibehörden verstärken. Legt man die bisherigen 20 % Abbruchquote zugrunde, können wir den Malus rechnerisch abbilden. Selbstkündigungen, nicht bestandene Modulprüfungen sind Hauptursachen. Dies wirft die berechtigte Frage auf: Sind wir in Hessen als Arbeitgeber im Vergleich mit konkurrierenden Länderpolizeien attraktiv genug? Erste Erosionserscheinungen im Bereich der Nachwuchsgewinnung sind bereits eintreten und unübersehbar.

Ausbildungsoffensiven, wie sie die Landesregierung initiiert hat und hoffentlich auch vorantreibt, müssen mit klaren Parametern und verbindlichen Entscheidungen hinterlegt sein. Räumliche Defizite, zu wenige Praxisausbilder, fehlende Schießstätten und Einsatztrainingszentren dürfen nicht von der Kompetenz eines Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen abhängig bleiben. Wir kennen die Situation in



vielen Polizeiliegenschaften. Es wird immer enger und die Flexibilität unserer Beschäftigten kann nicht groß genug sein, wenn es um ihre Arbeitsplätze geht.

Mit Blick auf (schwer) bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Main Gebiet, gerade auch in Städten wie Frankfurt/Main und Wiesbaden, fehlenden günstigen Wohnmöglichkeiten an Hochschulstandorten, wie z. B. im benachbarten Rheinland-Pfalz oder sanierungsbedürftigen Lehrsaaalgebäuden zeigt sich deutlich, dass ein schnelles Reagieren nicht mehr möglich ist. Leider ist man auch nicht mehr „Herr im eigenen Haus“!

*Rückblick: Die Landesregierungen unter der Ägide des damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch machten sich ab 1999 auf, um unter anderem landeseigene Liegenschaften auf dem Immobilienmarkt gewinnbringend zu verkaufen. So weit, so gut. Viele Millionen wurden kassiert und in die damals oft klammen Haushaltskassen „gespült“! Eilig wurde noch schnell ein landeseigener Betrieb gegründet, der sich um Bau und Liegenschaften kümmern sollte. Dieses Konstrukt heißt heute Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBiH). Die erhoffte Erfolgsgeschichte blieb aus und man fuhr „krachend gegen die Wand“! Landeseigene Gebäude und damit auch Polizeidienststellen und Präsidien wurden älter, Renovierungsmaßnahmen fanden häufig nicht im erforderlichen Maß statt und so trug es sich zu, dass Investitionsstaus mit erheblichen Konsequenzen in den Jahren signifikant auftraten. Die unter dem Rubrum „Leo-Programme“ veräußerten Landesliegenschaften wurden per Mietvertrag mit den Eigentümern nach Mitteilung des Steuerzahlerbundes Hessen so vereinbart, dass die Mieter nicht nur die Mieten, sondern zusätzlich auch die anfallenden Sa-*



nerungen und Renovierungen vollumfänglich finanziell zu tragen haben.

Es wird Jahre dauern, bis wirksame und gesunde Personalstrukturen bei Schutz- und Kriminalpolizei aufgebaut und arbeitsfähig sind. Angesichts rasanter Entwicklungen, insbesondere im Bereich Cyber-Internetkriminalität oder der Bekämpfung des Terror- und Extremismus, wird sich die Belastungssituation aufgrund der zu Recht hohen Erwartungshaltung der Bevölkerung noch verstärken. Fachkräfte mit IT-Studium und Wissenschaftler müssen gewonnen werden, um die Vollzugspolizei bei vielen Ermittlungen zu entlasten.

Bundesweit fehlen mehr als 20.000 Polizeibeamtinnen und -beamte! Die Mehrzahl der Landesregierungen, die Bundespolizei, das BKA und der Zoll haben enorme Personalbedarfe in messbare politische Absichtsbekundungen (Koalitionsverträge oder Haushaltsdefinitionen) in Form von beabsichtigten Mehrereinstellungen definiert. Täglich wird es unter den gegebenen Rahmenbedingungen schwerer, geeignete junge Menschen für ihren Wunschberuf Polizeibeamtin – Polizeibeamter (Kriminalkommissarin/-kommissar, Polizeikommissarin/-kommissar) in Hessen nachhaltig zu begeistern.

**Folge:** Der dringend benötigte (und geeignete) Personalnachwuchs für die hessische Polizei, messbar in den Einstellungszahlen zum Februar und September eines jeden Jah-

res, erfüllt bei Weitem nicht die hochgesteckten Erwartungen (mit den dafür bereitgestellten Haushaltsmitteln).

Allein im Jahr 2020 sind 1.100 Neueinstellungen vorgesehen. Für Februar 2020 waren 500, für September 600 Studienplätze vorgesehen. Tatsächlich können im Frühjahr prognostisch nur 300 Einstellungszusagen realisiert werden.

Daher braucht es nun im Ringen um die besten Köpfe geeignete Entscheidungen, um die hessische Polizei als attraktiven Arbeitgeber herauszustellen. **Als Sofortmaßnahmen fordern wir für die Studierenden in Hessen:**

- Deutliche Erhöhung der Anwärterbezüge
- Gewährung von Freier Heilfürsorge während des Studiums
- Modernisierung der bestehenden Infrastrukturen der HfPV – Abteilungen Wiesbaden, Kassel und Gießen auf ein hochschulwürdiges Niveau
- Studentenwohnheime
- Gewährung von Wohngeldzuschuss
- Smarte Polizei auch für Studierende

Die Rahmenbedingungen müssen erkennbar verbessert werden, um im Konzert der anderen Bundesländer und der Bundespolizei wettbewerbsfähig zu sein. Der polizeiliche Nachwuchs, der sich heute nicht für die hessische Polizei entscheidet und uns heute verloren geht, fehlt so dringend den Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst.

Unsere Beschäftigten in den Basisdienststellen bei Kriminal- und Schutzpolizei sind es, die die Versäumnisse der Personalpolitik auszubaden haben. Gerade denjenigen, die das Schiff Polizei unter schwierigen Bedingungen auf Kurs halten, muss endlich eine deutlich spürbare personelle Verbesserung widerfahren. Es geht darum, endlich ein Gesamtkonzept zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufs in Hessen umzusetzen.

**Die GdP Hessen fordert darüber hinaus:**

- Politische Zusage zum weiteren kontinuierlichen Personalaufbau bei der Polizei
- Deutliche Verbesserung der Beförderungssituation – Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen in allen Besoldungsgruppen
- Erhöhung und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden, Wechselschichtdienst 35 Stunden
- Deutliche Anpassungen bei der Grundbesoldung (Angleichung zur Bundespolizei)
- Verbesserung des bestehenden Zulagewesens

Es bleibt nicht nur spannend und wir stehen gewerkschaftlich vor großen Kraftanstrengungen! Auch in den Personalräten wird alles Beschriebene Wirkung entfalten!

Ich bitte euch daher, der Gewerkschaft der Polizei in den örtlichen Personalräten und bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der hess. Polizei mit euren Stimmen bei den Personalratswahlen vom **11. bis 15. Mai 2020** zu unterstützen! ■

## Seminare – ein Alleinstellungsmerkmal der GdP

Keine andere Gewerkschaft im Polizeibereich bietet ihren Mitgliedern eine ähnliche Vielfalt an Seminaren, wie dies bei der Gewerkschaft der Polizei der Fall ist. Und: Alle Seminare sind für die Mitglieder kostenfrei, auch wenn sie über mehrere Tage gehen.

**Harald Zwick**

Die Ausrichtung von Seminaren hat in der GdP Hessen eine lange Tradition und gehört zum festen Bestandteil unseres Leistungskatalogs. Dabei bieten wir sowohl Veranstaltungen zu polizeilichen Themen – etwa

unsere weit über die Grenzen Hessens hinaus bekannten Erste-Hilfe-Seminare – als auch Seminare zur persönlichen Weiterentwicklung an. Hier sind zum Beispiel Rhetorikschulungen, Fahrsicherheitstrainings

für Pkw und Motorräder oder Einheiten zu Burnout und Stressmanagement zu nennen.

Gewerkschaftliche Themenstellungen runden das Portfolio ab. Aber auch vollkommen neue Wege beschreiten wir, etwa mit dem Angebot eines Improvisationstheaters. Hier sind wir neuen Ideen und Anregungen gegenüber stets offen!

Aktuell sind Anmeldungen für folgende Seminare möglich:

- Wahrheit oder Lüge – Erkenne die Körpersprache
- Stressmanagement und Burn-out-Prävention
- Erste Hilfe bei Stich- und Schussverletzungen (Anfänger und Fortgeschrittene)
- Vorbereitung auf den Ruhestand
- Seniorenseminar

Die Anmeldung erfolgt wie immer über die Homepage der Gewerkschaft der Polizei. Ein Besuch auf dieser Seite lohnt sich immer – stets werden dort aktuelle Seminare angeboten! ■

**GdP – immer für euch da!**



„Einen Polizeibeamten, müssen Sie 40.000 Euro im Jahr ansetzen, den Freiwilligen-Polizeidienst-Menschen, den wir auf 20 Stunden maximal im Monat beschränken, den können sie mit maximal 2.000 Euro im Jahr sehr sinnvoll einsetzen.“

Ministerpräsident Volker Bouffier, als damaliger Innenminister in der Hessenschau am 18. September 2006

## SPARMASSNAHME

# 20 Jahre Freiwilliger Polizeidienst – (k)eine Erfolgsgeschichte

Jens Mohrherr

Nach der Regierungsübernahme vor 20 Jahren der damaligen CDU-geführten Landesregierung blieb der hessischen Polizei „kaum“ Zeit zum Durchatmen. Schleunigst wurden aus anderen Bundesländern einige „Konzepte“ geprüft und für gut befunden. So auch die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes bei der hessischen Polizei. Den gab es im benachbarten Baden-Württemberg schon lange. Im Juni 2000 wurde in Hessen die gesetzliche Grundlage für eine Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes gelegt.

Das Land Hessen hat im Jahr 2000 mit dem Hessischen Freiwilligen-Polizeidienst-Gesetz (HFPG) trotz geäußerter durchgreifender verfassungsrechtlicher Bedenken im Hinblick auf Art. 33 Abs. 4 GG die Grundlage für die Einrichtung eines Freiwilligen Polizeidienstes geschaffen. Im Jahr 2007 war der Freiwillige Polizeidienst in 100 der 426 hessischen Städte und Gemeinden mit etwa 700 ehrenamtlich tätigen, nicht verbeamteten Polizeihelfern und -helferinnen, davon alleine in Frankfurt/M. mit etwa 90, eingerichtet. Vorbild waren die in Berlin 1961 eingeführte »Freiwilligen Polizei-Reserve«, die 1999 in »Freiwilligen Polizeidienst« umbenannt wurde, und der »Freiwillige Polizeidienst« in Baden-Württemberg. Ersterer wurde 2002 durch Gesetz abgeschafft.<sup>1</sup>

Seit dem Jahr 2000 können Bürger im Alter von 18 bis 64 Jahren ehrenamtlich bei der Polizei helfen. Sie tragen Uniformen, die der Dienstkleidung stark ähneln, und sind mit Pfefferspray sowie Mobiltelefon ausgerüstet. Die Freiwilligen haben Sonderrechte wie die Erhebung personenbezogener Daten. Sie dürfen aber keine körperliche Gewalt ausüben oder Waffen tragen. Von Beginn an hat die Gewerkschaft der Polizei in Hessen gegen die Einführung



des Freiwilligen Polizeidienstes gekämpft. Es gab in den Anfangsjahren immer wieder Streit um Polizeivollzugsstellen, die seitens der Landesregierung insbesondere während der Operation Sichere Zukunft einen massiven Stellenabbauplan erfuhren. Im Zuge der „Operation sichere Zukunft“ wurden bei der hessischen Polizei 968 Stellen eingespart. Die Arbeit der über 600 wegfallenden polizeilichen Tarifbeschäftigten mussten folgerichtig von Vollzugsbeamten mit übernommen werden, die wiederum für ihre originäre Aufgabe nicht mehr zur Verfügung standen. Zusätzlich wurden 360 Vollzugsbeamte nach deren Pensionierung in den Jahren 2007 und 2008 nicht mehr ersetzt. Letztendlich wurden diese Polizistinnen und Polizisten im Streifen- und Ermittlungsdienst nicht mehr ersetzt. Davon konnte sich die hessische Polizei, wenn überhaupt, in den Folgejahren nur langsam erholen.

Noch präsent sind die TV-Sendungen dazu im Hessischen Rundfunk. Polizei zum Schnäppchenpreis – brauchen wir die Freizeit-Sheriffs? Mit dieser Frage beschäftigte sich am 10. Mai 2007 die Sendung „Stadtge-

spräch“. Der damalige GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller stand in der fast einstündigen Fernsehsendung nicht nur den Zuschauern im Saal und an den heimischen Fernsehgeräten Rede und Antwort, sondern argumentierte geschickt und sachlich auf die teils pointierten Aussagen des damaligen Innenminister Bouffier. Öffentliches Interesse an dem Thema kam erst auf, nachdem 2007 Anfang Mai in Wiesbaden ein Freiwilliger Polizeihelfer von einem Autofahrer brutal niedergeschlagen wurde. Eine damals wie heute verachtenswerte Tat, die gleichzeitig eine öffentliche Diskussion um die Notwendigkeit eines Freiwilligen Polizeidienstes lostrat. Viele Zuschauerinnen und Zuschauer der damaligen Sendung waren sich einig: Klarer Punktsieg für die GdP, die Argumente hatten gepunktet.

Auch heute ist der Freiwillige Polizeidienst von den Kassenlagen der Kommunen und der jeweiligen kommunalen Regierungskonstellation abhängig. Bundesweit kritisiert die Gewerkschaft der Polizei den Freiwilligen Polizeidienst. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek bezweifelt in einem Interview, dass die Hilfspolizisten „die objektive und subjektive Sicherheit“ verbesserten. Dies ist natürlich auch der kurzen Ausbildung geschuldet: in Hessen absolvieren die Ehrenamtlichen ein fünfzigstündiges Training. Sie lernen Gesetze und Verwaltungsvorschriften kennen und absolvieren ein Sicherheitstraining. Reicht das? Radek meint, die Bürger hätten ein Recht auf voll ausgebildete Beamte. Jörg Radek ergänzt: „Wir greifen schließlich in Grundrechte ein.“ Oft genüge schon eine Aufforderung, den Ausweis zu zeigen, und ein Gespräch eskaliere.

Hessen ist nicht das einzige Bundesland, das Polizeihelfer auf die Straßen schickt. Auch die hessische GdP bleibt bei ihrer ablehnenden Haltung zum Freiwilligen Polizeidienst: „Wir lehnen den Freiwilligen Polizeidienst konsequent ab“, und: „Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein.“ Freiwillige verbesserten weder die objektive noch die subjektive Sicherheit. Angesichts steigender Gewaltbereitschaft gegen Polizisten ist ihr Einsatz nicht sinnvoll. Alle 90 Kommunen in Hessen, in denen derzeit der Freiwillige Polizeidienst eingesetzt wird, entscheidet über deren Verbleib hauptsächlich aus Sicht der Stadtkämmerer. Denn während die Tätigkeit beim Freiwilligen Polizeidienst mit 7 Euro pro Stunde honoriert werde, gehen die dringend gesuchten Bürgerinnen und Bürger bei den Freiwilligen Feuerwehren „leer aus“. ■

<sup>1</sup> [https://www.lkrz.nomos.de/fileadmin/lkrz/doc/Aufsatz\\_LKRZ\\_o8\\_o6.pdf](https://www.lkrz.nomos.de/fileadmin/lkrz/doc/Aufsatz_LKRZ_o8_o6.pdf)



„Dazu muss es weitere intensive Diskussionen zu Ausgleichsmaßnahmen geben, die sich mit den psychologischen Belastungen der Kriboermittler beschäftigen.“

## SCHUTZ VON MINDERJÄHRIGEN UND KINDERN

# Cybergrooming – Strafbarkeitslücke beseitigt. Gesetzgeber schafft Zugriffsmöglichkeiten bei Missbrauchstätern

**Peter Wittig**

Text und Bild



Kriminellen, die ihre Neigung zum Missbrauch von Kindern in die Tat umsetzen wollen, wird es grundsätzlich leicht gemacht. Ihre Opfer suchen sie sich in der großen weiten Welt des Internet. Sie suchen gezielt auf Plattformen, wo sie Kinder vermuten; mit Erfolg. Onlinespiele sind für sie ein großer Marktplatz. Im Erfolgsfall, wenn also die Anbahnung zum Kontakt geführt hat, beginnt ihr perfides kriminelles Spiel.

Schnell und einfach kommen sie in den Besitz von Handynummern und Bilder wechseln den Besitzer. Sexuellen Angeboten sind im nächsten Schritt nun Tür und Tor geöffnet, oft erfolgreich. Cybergrooming nennt man das im Fachjargon. Kriminologen sprechen inzwischen

von einem Massenphänomen, für dessen Bekämpfung nicht ausreichend Ermittler, sog. „Cybercops“, zur Verfügung stehen.

Und die zur Verfügung stehenden Ermittlungsmethoden haben gezeigt, dass die Erfolgsaussichten für eine gerichtliche Verurteilung nach einer Identifizierung recht gering sind.

Ermittler versuchen mit sog. „Schein-Kind-Operationen“ die Täter zu überführen. Hierbei legen sie sich in den entsprechenden Foren die Scheinidentität eines Minderjährigen zu, um sich so den Anbahnungen zu stellen. Was aber, wenn dies aus polizeilicher Sicht erfolgreich verläuft?

Die bisherige Rechtslage aus § 176 StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern), in Form des Cybergroomings, war nicht zielführend. Wenn ein Täter im Netz nicht auf Kinder, sondern ohne sein Wissen auf „Scheinermittler“ trifft, war dies nicht strafbar.

Täterschutz vor Opferschutz. Es bestand also eine Strafbarkeitslücke. Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestags Ende Januar 2020 zur Änderung dieser Rechtsposition wurde nunmehr erreicht, dass diese Tatbegehungsweise eine Bestrafung rechtfertigt.

Ein weiteres Problem unserer Ermittler liegt in der Tatsache, dass sich die Pädophilen im Darknet abschnitten. Um einen Zugang zu ihren

Foren zu erhalten, wird als Eintrittskarte eine sog. „Keuschheitsprobe“ verlangt.

Dies bedeutet, dass man in den erlesenen Kreis nur aufgenommen wird, wenn man selbst kinderpornografisches Material hochlädt.

Durch die gesetzlichen Anpassungen wurde nun eine Möglichkeit geschaffen, Zugang zu erhalten, ohne selbst strafbare Handlungen begehen zu müssen und auf die Akzeptanz der Kriminellen zu stoßen.

Die „Keuschheitsprobe“ kann durch das Generieren von computergestützten Dateien/Bildern und Hochladen dieser bestanden werden.

Eine Software, die ein Bild herstellt, das keine realen Menschen, sondern digitale Darstellungen abbildet, ist der Zugangsschlüssel.

Dies alles steht unter einem Richtervorbehalt und soll von besonders geschulten Ermittlern/-innen umgesetzt werden.

Mit dieser neuen Strafbarkeit im Versuchsstadium schützt der Gesetzgeber nun Kinder in der digitalen Welt und gibt unseren Ermittlern effektivere Hilfsmittel an die Hand.

Bleibt abzuwarten, ob die personellen Besetzungen in den Kommissariaten auch dazu in die Lage versetzt werden.

Die Tätigkeit in diesem Phänomenbereich ist belastend genug. Nur durch zusätzliches Personal mit entsprechender Schulung kann dies auch mit Leben gefüllt werden.

Dazu muss es weitere intensive Diskussionen zu Ausgleichsmaßnahmen geben, die sich mit den psychologischen Belastungen der Kriboermittler beschäftigen.

Eine parallele Begleitung durch präventive Seminare, Gesundheitsmanagement, aber auch finanzielle Anreize und persönliche Beförderungsperspektiven sind hier die richtigen Instrumente.

Nur so können wir als Polizei diesem belastenden Phänomenbereich erfolgreich begegnen und unsere Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit wertschätzen.

Wir werden uns dafür einsetzen! ■

## CYBERGROOMING

Mit dem Begriff Cybergrooming wird das gezielte Ansprechen von Personen im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte bezeichnet. Es kann sich demnach auch um eine besondere Form der sexuellen Belästigung im Internet handeln. Meist findet jedoch die Kontaktaufnahme mit der konkreten Absicht statt, sexuellen Missbrauch online oder offline bei realen Treffen anzubahnen. Während sich der Begriff im Englischen sowohl auf Voll- als auch auf Minderjährige beziehen kann, hat er sich im Deutschen als auf Minderjährige (Kinder und Jugendliche) bezogen eingebürgert.

(wikipedia.org)



# Die GdP-App – alles was man braucht

Die GdP-App ist die Basis-Plattform für kleine Tools, die im täglichen Dienst der Polizei sowie für die Arbeit weiterer interessierter Personen und Institutionen hilfreich sein können.

Wir haben das Dashboard neu gestaltet. Alle Informationen und Funktionen sind dadurch noch besser aufbereitet und erreichbar. Zusätzlich haben wir das GdP-Plus-Programm hinzugefügt - ein exklusives Vorteilsprogramm für GdP-Mitglieder.

Mit dem neuen Update stehen jetzt acht verschiedene Module zur Verfügung.

## 1. Schichtkalender

Der bekannte Schichtkalender wurde durch ein komplett neues Modul ersetzt. So ist das Anlegen einer Schichtfolge intuitiv mit wenigen Klicks erfolgt. Weiterhin lassen sich später einzelne Termine hinzufügen, löschen oder bearbeiten. Angelegte Schichtfolgen können für einen frei wählbaren Zeitraum exportiert und an Familienmitglieder oder Bekannte versendet werden. In der Kalenderansicht lassen sich die privaten Termine vom Gerät synchronisieren und einzeln anzeigen lassen.

## 2. Streifenhelfer

Das bekannte Nachschlagewerk im Hosentaschenformat von Christopher Knust ist jetzt auch exklusiv digital vorhanden. Er bietet Tatbestandsnummern von Ordnungswidrigkeiten des bundeseinheitlichen Bußgeldkatalog auf einen Blick, sowie diverse Kurzübersichten.

## 3. News

Bekommen Sie die aktuellen News der GdP aus allen Bundesländern direkt auf Ihr Smartphone.

## 4. Tatbestandskatalog

In diesem Modul befindet sich der komplette Tatbestandskatalog mit umfangreichen Filtern, einer Suchfunktion nach TBNR oder Stichworten, sowie einer intelligenten Favoriten-Funktion.

## 5. Gefahrgut

In diesem Modul werden die wesentlichen Daten aus den Modellvorschriften der Vereinten Nationen zum Transport gefährlicher Güter,

dem so genannten „Orange Book“ angezeigt. Kernelement ist die Suche nach UN-Nummern (bzw. nach der richtigen technischen Versandbezeichnung der Güter), eine Auflistung sämtlicher Gefahrnummern und ihrer Bedeutung, sowie eine interaktive Darstellung der Gefahren bei Mehrfachbezeichnung.

## 6. KFZ-Kennzeichen

Finden Sie schnell und übersichtlich Landkreise zu den entsprechenden KFZ-Kennzeichen inklusive Kartenansicht.

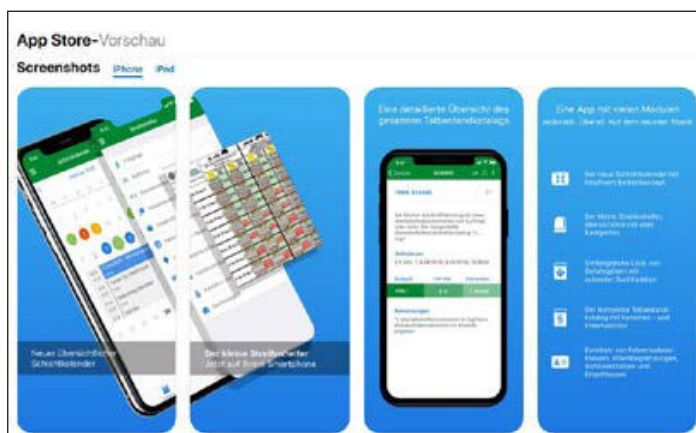
## 7. Fahrerlaubnisse

Mit diesem Modul kann auf Basis vorhandener technischer Daten, wie sie aus der Zulassungsbescheinigung Teil I (ehemals Fahrzeugschein) ersichtlich sind, die dazugehörige Fahrerlaubnis nebst einiger Nebenbedingungen wie z.B. dem Alter, ermittelt werden. Dabei sind zwei Wege möglich: „Vom Fahrzeug zur Fahrerlaubnis“ oder „Von der Fahrerlaubnis zum Fahrzeug“. Berücksichtigt werden auch alle „Altfahrerlaubnisse“, die vor dem 19.01.2013 in der BRD und in der ehemaligen DDR ausgestellt wurden.

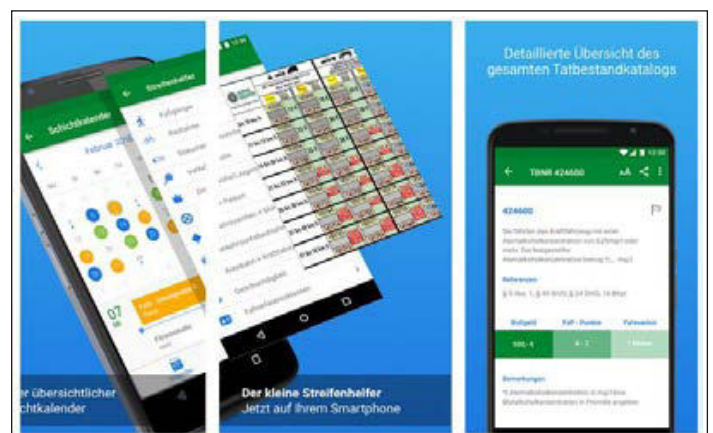
## 8. NauticDict

Dieses Modul ist auch in einer Stand-Alone-Version, also völlig eigenständig, zu haben. Der Grund hierfür: Dieses App-Modul muss auch außerhalb der Reichweite der Funkabdeckung im Küstenmeer funktionieren.

Das Modul beinhaltet das gesamte prüfungsrelevante nautische Fachvokabular, wie es an der Wasserschutzpolizeischule in Hamburg gelehrt wird. Zahlreiche Hilfstexte ergänzen den in deutsch/englisch sowie englisch/deutsch enthaltenen Vokabelsatz. ■



GdP-App auf iOS



GdP-App auf Android



FÜR DEN GUTEN ZWECK

## 3. Santa-Run in Frankfurt-Sachsenhausen

Uwe Nachtwey



Am Donnerstag, dem 5. Dezember 2019, um 19 Uhr, startete wieder der Santa-Run in Frankfurt. Es war der 3. Santa-Run in Frankfurt. Treffpunkt war der Tiefkai, Nähe Eiserner Steg in Frankfurt-Sachsenhausen. Ausrichter für diesen originellen Run war der Radiosender Antenne Frankfurt. Diese Veranstaltung wurde unterstützt durch Aldiana Club Resort und Deiters. Vor zwei Jahren nahmen 1.541 Teilnehmer an dem Santa-Run teil. Die Idee, einen Santa-Run zu organisieren, kommt ursprünglich aus Amerika. Es gibt schon in vielen Städten den Santa-Run, und zwar in New York, London und Madrid, um einige Städte aufzuzählen. In Madrid liefen 2018 über 7.000 Nikoläuse für einen guten Zweck. Dieser Run wird von Jahr zu Jahr beliebter. Es ist ja auch schön anzusehen, wenn sich so viele Nikoläuse in Bewegung setzen.



Ich berichte jetzt weiter über den Santa-Run 2019 in Frankfurt/Main. Einige Läufer hatten schon mal im Voraus das Starterpaket (Inhalt: Nikolauskostüm, Startnummer, Getränkebon) direkt bei Antenne Frankfurt am Nibelungenplatz in der 12. Etage abgeholt. Das Nikolauskostüm besteht aus fünf Teilen (rote Zipfelmütze, roter langer Mantel, rote Filzhose, weißer Rauschbart, schwarzer Plastikgürtel). Die Startgebühr für den Santa-Run betrug 20 Euro, hierbei ist das Starterpaket enthalten. Außerdem läuft man auch noch für einen guten Zweck. Pro Läufer wird 1 Euro an die Deutsche Sporthilfe gespendet. Am 5. Dezember 2019, gegen 18 Uhr traf sich schon eine GdP-Delegation der Bezirksgruppe Frankfurt am Tiefkai. Die Aufwärm-party von Antenne Frankfurt war schon im vollen Gange. Die ersten Nikoläuse wärmten sich schon auf. Es wurde gehüpft und mit den Armen gerudert. Diese Mal gab es erschwerte Bedingungen für die Läufer und Läuferinnen. Es war schon recht kühl und neblig. Und die Laufstrecke führt am Main vorbei, wo es auch noch windig war. Aber es gab auch beeindruckende Bilder. Die Skyline auf der anderen Seite von Frankfurt lag in einen Nebelschleier und der Main plätscherte vor sich hin. Dann ging es so langsam los. Wir haben uns erst mal das Nikolauskostüm angezogen. Das ist gar nicht so einfach. Dann folgte das Aufwärmprogramm. Am Glühweinstand gab es ein Nikolausgetränk. Das wärmte und entspannte. Wir waren topfit für den bevorstehenden Lauf. Das müsste reichen. Dann traf das Nikolausteam der 1. Dienstgruppe des 8. Polizeireviere ein. Dieses Team war auch vor zwei Jahren dabei. Wir hatten erst mal viel Spass beim Aufwärmen. Einigen Nikoläusen war die Hose zwischen den Beinen gerissen. Aber das war nicht so schlimm, so hatte man etwas mehr Beinfreiheit und man lief schneller. Vor dem Lauf wurde noch ein Gruppenfoto als schöne Erinnerung gefertigt. Mit etwas Verspätung wurde der 3. Santa-Run angepfeifen. Der gan-

ze Pulk von Nikoläusen setzte sich in Bewegung. Es waren doch wieder viele Nikolausfrauen und Nikolausmänner. Der Nebel hatte sich noch nicht gelichtet. Man musste schon aufpassen, wo man hinlief, weil rechts der Laufstrecke sich der Main befand. Es wurde viel gelacht und niemand drängelte. Der ein oder andere blieb auch mal stehen, um seinen Mantel vom Nikolauskostüm wieder zu schließen, der sich geöffnet hatte. Es wurden nebenbei Selfies gefertigt. Es musste kein Streckenrekord gelaufen werden. Es ist eigentlich nur wichtig, dass man im Ziel wieder gut ankommt. Die Laufstrecke betrug 4 km. Man läuft am Tiefkai in Richtung Niederrad, in Höhe Universitätsklinikum wird gewendet und man läuft zurück in Richtung Eiserner Steg, wo sich das Ziel von Antenne Frankfurt befindet. Ein Nikolaus neben mir schnaubte während des Santa-Run ganz schön und schwitzte sehr stark. Er meinte es wäre ganz



schön heiß unter der Kutte. Es lagen wie letztes Jahr auch wieder einige Plastikgürtel am Wegesrand. Der ein oder andere Nikolaus ist doch mit offenem Mantel gelaufen. Ich musste ab und zu den Rauschbart etwas nach unten ziehen, um besser Luft zu bekommen. Die Zipfelmütze war wie angegossen und rutschte nicht. Dann wurde das Ziel erreicht. Einige Fotografen warteten schon auf uns und schon waren wir in einem Blitzlichtgewitter. Es wurde geklatscht, als wir über die Ziellinie liefen. Danach mussten wir erst mal wieder so ein Nikolausgetränk zu uns nehmen. Das haben wir uns verdient. Die After-Run-Party startete und unsere Eindrücke wurden ausgetauscht. Danach ging es gut gelaunt zur U-Bahn. Nächstes Jahr sind wir wieder dabei. Es ist eine super Veranstaltung. Vielleicht haben wir den einen oder anderen Leser oder Leserin des Artikels auf den Geschmack gebracht oder Neugierde geweckt, um vielleicht das nächste Mal als Nikolausfrau oder Nikolausmann mitzulaufen. ■



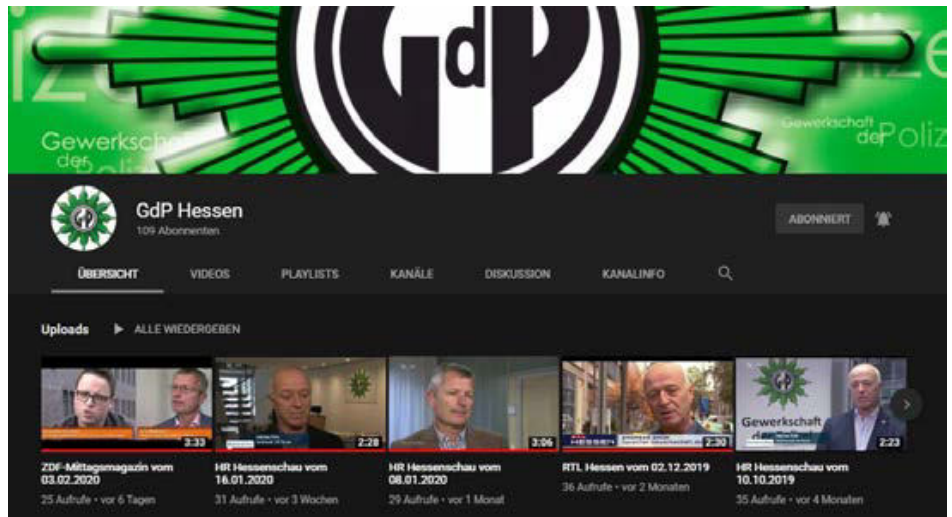
## INTERNET

## GdP Hessen auf Youtube

**Markus Hüschenbett**

Bereits seit 2011 hat die GdP Hessen einen eigenen Youtube-Kanal, auf dem alle Medienauftritte und andere Videos gesammelt werden. Es handelt sich dabei nicht nur um ein Archiv der Medienauftritte, sondern auch um Mitschnitte anderer Veranstaltungen wie zum Beispiel unserer Wahlprüfsterne, bei denen wir die Politiker mit unseren Fragen vor den Landtagswahlen konfrontiert haben, oder auch Reden bei den Demonstrationen für Lohnerhöhungen oder auch die Pressekonferenz nach den letzten Tarifverhandlungen.

Genau hier kann man sich also über die aktuellen Themen informieren oder auch recherchieren, welche Meinung die GdP Hessen zu einem bestimmten Thema vertreten hat. Wer hat noch mal die Einführung des Tasers eingeläutet, wer hat die meisten Demonstranten aus dem Po-



lizeibereich für eine Lohnerhöhung auf die Straße gebracht, wer hat sich für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt? Auf dem Youtube-Kanal „GdP Hessen“ werdet ihr fündig. Am besten gleich abonnieren und die Glocke aktivieren – so werdet ihr über jedes neue Video informiert. ■



## BEREITSCHAFTSPOLIZEI

## Weihnachtstreff der Kreisgruppe Mudra

**Gregor Bader**

Am Dienstag, 17. Dezember 2019, wurde nun fast schon traditionell der jährliche „Weihnachtstreff“ der Kreisgruppe Mudra durchgeführt. Die Veranstaltung der Kreisgruppe zum Jahresabschluss fand in den vergangenen drei Jahren als „Weihnachtsschmitten“ statt. Diese Bezeichnung war jedoch nicht mehr ganz passend, da zusätzlich zu den Würstchen vom Grill, Glühwein und Früchtepunsch auch verschiedenes Weihnachtsgebäck und Kaffee angeboten wurden. Nach einem kleinen Wetter-Zwischentief im Jahr 2017, wo das Brunnenfest sozusagen komplett „ins Wasser gefallen ist“, meint es der Wettergott seither gut mit unseren Veranstaltungen. Somit konnten wir den Grill und die Tische vor dem Kan-

tinengebäude aufbauen und mussten trotz eines dreiminütigen Schauers nicht in den Vorraum der Kantine ausweichen. Viele Kolleginnen und Kollegen der Einheiten,

der Führungsgruppe, der Wasserschutzpolizei und des Präsidiums schauten im Laufe des Nachmittags vorbei und so kam es kurz vor Weihnachten zu netten Gesprä-



chen unter den Mitarbeitern der I. Abteilung. Viele Teilnehmer des gerade stattfindenden Trainings für geschlossene Einheiten stärkten sich mit einer Bratwurst und einem Früchtepunsch. Auch unser Präsident Herr Pfeiffer ließ es sich nicht nehmen, bei unserem Weihnachtstreff vorbeizuschauen. Das Organisationsteam der I. Abteilung freut sich schon auf das Brunnenfest im Sommer. ■



## Jubilare

### 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Stephan Lill**

**Susanne Metzger**

Kreisgruppe Wasserschutzpolizei

### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Werner Velten**

**Edwin Freudl**

**Andreas Hundler**

Kreisgruppe Wasserschutzpolizei

### 60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Hans Faber**

Kreisgruppe Wasserschutzpolizei

## Nachrufe

**Anna Schneider**

**Uwe Hartmann**

Kreisgruppe HBP Mühlheim

**Erich Ochsenreither**

Kreisgruppe Offenbach

**Rudolf Kreutz**

**Jonas Bartaska**

Kreisgruppe Frankfurt

**Johannes Fehl**

Kreisgruppe Main-Kinzig

**Dieter Both**

Kreisgruppe Fulda

**Ingo Krieger**

Kreisgruppe Dillenburg-Herborn

**Hans Erich Rasch**

Kreisgruppe Kassel

**Wir werden den Verstorbenen ein  
ehrendes Andenken bewahren!**

Veranstalter: GdP BZG Nordhessen • Grüner Weg 33 • 34117 Kassel • Telefon: 0561/9101012 • lill.franiek.gdp@web.de • www.GdP-Hessen.de

# Blaulicht Mallorca Party

Mit DJ Sascha

## Club Gleis 1

### 19.3.2020 • 20.00

Rainer-Dierichs-Platz 1  
(Hauptbahnhof)  
34117 Kassel

Karten PP Nordhessen  
Kollege Ruppel 0561/9101012

Karten Loh-Kaserne-Baunatal  
Kollege Möhring 0561/9103616

Karten GdP KG BPOLI Kassel  
Kollege Weichert 0561/816164501

**Vorverkauf: 4 € • Abendkasse: 8 €**

**Die Party für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten**




**DP – Deutsche Polizei**  
Hessen

**Geschäftsstelle**  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 99227-0  
Telefax (0611) 99227-27  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden